

Die Kreis-  
en werden  
Klage gestellt  
in Städten, be-  
Kleinstaaten  
ausgetragen  
an angenom-  
men.

einmal mit  
z. Sie wählt  
(Leipzig) als  
mitglied.  
schäftigte sich  
nicht, dem  
ab.

engenommen:  
Sächsischen  
ng des Ver-  
tag in seiner  
ur Deutschen  
es Vertrages  
kommen, die  
derlagen der

amauer Ent-  
gültigen Ent-  
gültigungs-  
tigt statt.  
Turnerschaft  
er Sächsischen  
ich einmütig

Stellung zum  
obertumwart  
deutende ge-  
schiedung:  
der Ent-  
heit Reichs-  
des turne-  
Se sind be-  
Die Gau-  
ermündung  
atorium nicht

h nach dem

Ballspiel

des für die  
Punktkämpfe  
die in der  
ert sind, zu  
se zahlreiche  
lebhaft  
Minuten mit  
gkeiten aus-  
Publikums-  
Zuschauern  
scheide, als  
Zusammen-  
d dem rech-  
es vertrieb.

es gerecht  
ellen Regels-  
10 Mann  
Zuschauern  
hängte der  
nach dessen  
leisten. Der  
gegen den  
Wag und  
norauf der  
hauses Mit-  
kumen und  
zum Nach-  
hier nicht  
uch um an-  
seierte.

überstand-  
behändne.  
seinen Jähnen  
s weniger  
seitlichen sehr  
Unlust bei  
Unter. Das  
regelmäßig  
und wenn  
einer guten  
von höchster

Schätzungen nehmen die Ausländer  
und für Ausländer die Postanstalten  
zuweisen. — Erhebt nachstehend  
Bemerkung - Anklage Nr. 88.

Rechtsprechung des Rechtsgerichts  
Richter für Ausländer und für Aus-  
länder zu Pfennig, einschließlich  
Ausländer zu Pfennig, einschließlich  
Postamt, einschließlich Postamt  
Postamt.

Telegramme: Tagblatt Riesengebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Amtszeit: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 259

Freitag, den 4. November 1932

27. Jahrgang

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Der Reichskanzler besteht auf der Einführung

Berlin, 2. Nov. Wieder einmal beschäftigt sich das Reichskabinett mit einer Reichshilfe für die Landwirtschaft. Die Getreidepreise sind in letzter Zeit infolge der guten Ernte stark gefallen. Es soll deshalb Getreide eingelagert und auf diese Weise ein höherer Getreidepreis erzwungen werden.

Dazu braucht man Geld. Um dieses zu beschaffen, fanden heute vormittag Besprechungen zwischen Regierung und Reichsbank statt. Man spricht davon, daß für etwa 100 Millionen RM Finanzierungsmöglichkeiten durch die Reichsbank geschaffen werden sollen, während weitere 25 bis 30 Millionen in Form von Bürgschaften durch das Reich selbst garantiert werden sollen. Damit will die Regierung die bisher eingelagerten Getreidebestände auf längere Zeit vom Markt fernhalten, um einen Preisbruch zu verhindern. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen vorbereitet, nicht nur wie bisher im Sofort sondern auch im Termingeschäft. Diese Maßnahmen haben in den letzten Tagen bereits einen Umschwung an der Berliner Produktionsbörsen herbeigeführt.

erner soll jetzt über die Kontinentierung der deutschen Einfuhr Besluß gefaßt werden. Die deutsch-nationale Fraktion des Preußischen Landtages stellt mit, der Reichskanzler habe einer Abordnung der Fraktion zugesagt, daß das Kabinett nach Abschluß der Kommission aus Dänemark die Kontinentierung, an der unbedingt festgehalten würde, beschließen wolle.

Die sogenannte „Tomaten-Kommission“, die Regierungskommission, die mit den aus Südböhmen sti-

nen über die Einführung deutscher Kontingente für landwirtschaftliche Importe verhandelt hat, ist heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen. Sie war bisher in Brüssel, dem Haag, Paris, Rom und Kopenhagen. Außer in Brüssel haben die Verhandlungen der Kommission kein positives Ergebnis gehabt. Der Widerstand des Wirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes gegen die Einführung von Kontingenten hat sich noch nicht abgeschwächt. Der Widerstand der Industrie ist stark gewachsen. Trotzdem will Papen Kontingente festsetzen. Das würde den Handelskrieg Deutschlands mit seinen Nachbarn und einen schweren Schlag gegen Deutschlands Industrie und für die industrielle Bevölkerung bedeuten.

### Heute Entscheidung des Reichskabinetts

Kontinentierung, Getreideförderung, Gemeindefinanzien

Berlin, 2. Nov. Wie zu erfahren ist, findet in der Sitzung des Reichskabinetts, die in den heutigen Abendstunden stattfindet, keine Beschlüsse gefaßt worden. Die Verhandlungen gehen vielmehr morgen vormittag 11 Uhr weiter, und man nimmt an, daß diese Sitzung zu Entscheidungen führen wird. Die Probleme, um die es augenscheinlich geht, sind die Sicherung der Gemeindefinanzien, das Kontinentierungsproblem und die Säzung der Getreidepreise. Im Vordergrund steht dabei die Kontinentierungfrage, nachdem die Kommission heute von ihren Auslandstreifen zurückgekehrt ist. Man darf annehmen, daß auch über diese Frage morgen eine Klärung herbeigeführt wird.

### Eine Lebensfrage des deutschen Volkes

Von Kom.-Rat Uebel-Vauen,

Spitzenkandidat der D.A.P. im 30. Wahlkreis

1. Was sind Kontingente? Die Reichsregierung hat die Wicht, für einige Monate die Einfuhr fremder Agrarprodukte durch bestimmte Mengen zu begrenzen, eine unbeschränkte Einfuhr also nicht zugelassen. Diese Beschränkung soll sich auf Gemüse, Obst, Schnittblumen, Holz, Fleisch und Fleckprodukte, Kartoffeln, Grünzeug usw. erstrecken. Dieser Schritt würde von den anderen Staaten, die von Deutschland Ware abnehmen, als ein Bruch der bestehenden Handelsverträge empfunden werden. Deshalb verhandelt die Regierung durch eine besondere Kommission mit den in Betracht kommenden fremden Staaten, damit diese sich mit den geplanten Maßnahmen einverstanden erklären. Erst wenn das Ergebnis dieser Maßnahmen vorliegt, sollen die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden.

2. Autonomes Vorgehen? Es ist bekannt, daß der deutsch-nationale Führer Hugenberg ein Befürworter der autonomen Kontinentierungspolitik ist. Er hat sich in diesen Tagen wieder erklärt, daß ihm das Verhandeln der Regierung in dieser Frage nicht zusagt, er würde sich für eine autonome Einziehung der Kontingente erklären. Das heißt, die deutsche Regierung soll von sich aus und ohne Rückicht auf die Folgen, die sie für die deutsche Wirtschaft ergeben, diejenigen Mengen für fremde Einfuhrwaren bestimmen, die sie als ausreichend betrachtet. Hugenberg beruft sich dabei auf das Vorgehen von Frankreich, das in gleicher Weise gehandelt hat. Er verzögert dabei aber, daß gerade Frankreich damit die schrecklichsten Erfahrungen gemacht hat und von dem System der autonomen Regelung wieder abgehen will. Die Deutsche Volkspartei steht anders. Weil sie auf dem Boden des Regierungsprogramms beharrt, das eine Wiederbelebung der getamten Wirtschaft zum Ziele hat, erwartet sie, daß das Reichskabinett das Problem auf dem Verhandlungsweg lösen wird, sie betrachtet aber ein einleitiges Vorgehen von Deutschland aus als eine Störung der gekommenen Handelspolitik mit allen Gefahren, die der deutschen Wirtschaft damit drohen.

3. Wird der Landwirtschaft damit geholfen? Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ hat erklärt, daß das Kontingent nicht das Altherkümmerlein sein werde, zu dem es jetzt im Streit der Meinungen aufgebaut wird. Der Reichsvorstand der Landwirtschaftlichen Gewerkschaften erklärte, daß bei bestehender Ausfuhr der deutschen Wirtschaft die deutsche Arbeiterschaft kein Einkommen habe und dadurch nicht in der Lage sei, eine preiswerte Nachfrage für die deutschen landwirtschaftlichen Produkte zu erzeugen. Professor Beckmann von der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn berechnet, daß 70 Prozent des Abwurzes der landwirtschaftlichen Veredelung in der Schrumpfung des eigenen Verbrauchs in Deutschland beruht.

4. Um welche Werte handelt es sich? Vermeg ist zu bemerken, daß die Einfuhr der bezeichneten landwirtschaftlichen Produkte stark nachgelassen hat. Sie betrug im ersten Halbjahr 1931 noch 744 Millionen Mark, im ersten Halbjahr 1932 aber nur noch 215 Millionen Mark. Darin drückt sich schon die sinkende Kaufkraft des deutschen Marktes für fremde Waren aus. Dagegen betrug die deutsche Ausfuhr nach denjenigen Ländern, die vor der Kontinentierung betroffen waren, im ersten Halbjahr 1932 1,8 Milliarden Mark. Daraus ergibt sich kein zahlenmäßig, daß Deutschland mit seinen besten Kunden in den Handelskrieg verfällt, wenn es dem Vorschlag des Geheimrates Hugenberg folgen wollte und autonom die Einfuhr aus diesen Ländern auf einen bestimmten Prozentsatz weiter herabdrücken wollte.

5. Wie wirkt das auf den deutschen Auslandsmarkt? Der Hamburger „Wirtschaftsdienst“ stellte am 14. Oktober fest, daß die autonome Kontinentierung den deutschen Export noch weiter vernichten müßte, weil die davon betroffenen Staaten zu Gegenmaßnahmen greifen. Es würden damit, wie der „Wirtschaftsdienst“ schreibt, auf direktem Wege weitere drei Millionen Menschen erwerbslos, indirekt würden 8 bis 9 Millionen Menschen davon betroffen. Alles das würde geschehen, ohne daß der Landwirtschaft irgendwie Nutzen fürbürde würde. — Es wäre möglicherweise, daß die Preise in Deutschland steigen, aber es fehlt an Menschen, die solche Preise bezahlen können. Ohne Stärkung des Binnenmarktes ist der notleidende Landwirtschaft nicht zu helfen.

6. Was sagt der Mittelstand dazu? Der Industrie-, Großhandel und Schifffahrt von einem weiteren Rückgang des Auslandsgeschäfts auf schwerste betroffen würden, ist klar. Auch das mittelständische Gewerbe empfindet diese Gefahren. Das „Weltliche Handelsblatt“ kündigt in Nr. 44 darüber folgendes:

„Für die Handwerkswirtschaft sind beide Wirkungen gleich bedeutsam: mit einem weiteren Absinken der Kaufkraft wird das Absatzgebiet für die Qualitätsarbeit des Handwerks gewaltig eingeschränkt. Warenhäuser, Einzelgeschäfte und Konsumvereine würden mit ihren Massenwaren die Lücke ausfüllen.“

In Chemnitz, Solingen usw. liegen den kleinen und mittleren Industriebetrieben hausweise Abschließungen aus denjenigen Ländern vor, die schon durch die Ankündigung deutscher Kontingente in eine ertragreiche Stimmung gelangt sind. Die deutsche Küstenfahrt leidet ebenfalls schon jetzt unter dem beginnenden

### Im Endspurt der Wahl

(Berliner Brief.)

Gemeessen an der Wahlauslösung im Juli d. J. geht es diesmal in der Reichshauptstadt ruhig zu. Damals hingen schon Wochen vor dem Wahltag die Fahnen der verschiedensten Parteianhänger aus den Fenstern und von den Giebeln. Und diesmal? In Straßenzügen, in denen noch vor vier Monaten Fahne an Fahne hing, sind diesmal nur ganz vereinzelte Parteidrähte zu erblicken. Sie gleichen fast den letzten Blättern der entlaubten Bäume, und man kann sich des Eindrucks fast nicht erwehren, daß sie selber darauf warten, von einem mitleidigen Windstoß entführt zu werden. Vielleicht daß die letzten Tage noch eine „Besserung“ bringen. Über das Flaggenminus kann fast als Symbol gelten für den „Schwung“, der diesmal nicht zu finden ist.

Es fehlt überhaupt der große Zug in allem und jedem. Es ist ja schließlich auch kein Wunder, daß die Wähler in jeder Hinsicht wohlbildende sind. Zum fünften Male in diesem Jahre ausgepeitscht und aufgepuscht zu werden, das ist selbst für die Parteien radikalster Führer zuviel, denen sonst das Tamtam und der Krax einer wilden Agitation Lebewesen ist. Mit den Versammlungen war es überhaupt diesmal nicht sonderlich gut gestellt. Im Sportpalast, um den früher ein Wettkampf der großen Parteien einzog, ist es fast still geworden. Nur noch die Nationalsozialisten vermögen ihn dadurch zu füllen, daß die sämtlichen in Berlin und Umgebung verfügbaren SA- und SS-Mannschaften dazu abkommandiert werden. Die Versammlungstätigkeit, die überhaupt schon überlebt ist, spielt sich nur noch in engeren Kreisen und fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab. Was soll man auch noch Neues in ihnen zu hören bekommen? Und Reden, wie sie unlängst zwischen den Deutschnationalen und Nationalsozialistischen Gewissensmäzen probeweise veranstaltet wurden, enden hoffnunglos im „Klamau“, den der richtige Berliner auch bei solchen Gelegenheiten gern hat.

Auch von den sonst üblichen Mitteln der Agitation ist nicht viel zu bemerken. Flugblätter verfallen zu meist ungelesen dem Schmutz der regennassen Straßen. Der Blattkrieg an den Unschlagbaren töbt sich weniger lebhaft als das vorige Mal aus. Die langen Tafeln der gegenseitigen Beschuldigungen der großen Parteien ließ kein Mensch, weil keiner mehr Zeit dafür übrig hat. Nur noch kurze, prägnante, schlagwortartig formulierte Sätze fesseln den Blick des Betrachters und hemmen seinen Schritt.

Es scheint fast, als ob mit dem Geld der Gele-

und die Erfindungsgabe der für die Partien üblichen Plakatzeichner ausgegangen ist. Und das ist wohl legtlich die eigentliche Ursache der flauen Wahlbewegung: es ist kein Geld mehr in den Kassen. So sind ganz von selber zum Symbol dieses Wahlkampfes die Sammler auf den öffentlichen Plätzen und Straßen geworden, die frierend und klappernd, teils mit den Bänken, teils mit den Büchsen, milde Gaben heischen für die unterschiedlichen Parteien. Daß ausgesuchnet die beiden radikalen Parteien der Nationalsozialisten und der Kommunisten damit den Anfang machen und den anderen ein Vorbild geben, ist geradezu eine groteske Revolution mit Sammelschlüssen! Berlin im letzten Wahlkampf dieses Jahres ist ausgesprochen langweilig.

### Neue Schwierigkeiten zwischen Kabinett Braun und Reichsregierung?

Berlin, 2. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. meldet, sind heute mittag wiederum eine Sitzung des preußischen Kabinetts Braun statt, die knapp zwei Stunden dauerte und an der sämtliche Staatsminister mit Ausnahme des Kultusministers Grimme und des Innensenators Severyn teilnahmen. Die leichten beiden Minister befinden sich noch auf Wahlkreisen. Den Vorstoss führte Ministerpräsident Dr. Braun. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. weiter meldet, wurden vom Kabinett die morgen beginnenden Verhandlungen der Reichsratsausschüsse bestimmt. Ministerialdirektor Dr. Brecht erstattete Bericht über seine Vermittlungsbemühungen. Es schloß sich eine Erörterung an über die aus den Aktionen und dem Bericht Dr. Brechts sich ergebenden Fragen. Eine weitere offizielle Stellungnahme wird von der preußischen Staatsregierung zur Stunde abgelehnt, doch hat es den Anschein, als ob die Befreiungen Dr. Brechts bisher einen für die Staatsregierung nicht befriedigenden Verlauf genommen hätten.

### Amtsenthebung des Bürgermeisters von Gutin

Gutin, 2. Nov. Der nationalsozialistische Regierungspräsident Boehmder (Gutin) hat den Bürgermeister der Stadt Gutin, den Deutschnationalen Dr. Stoffregen, seines Amtes entthoben. Dr. Stoffregen wurde heute nachmittag durch ein Kommando der Schwarzen Ordnungspolizei unter Führung eines Polizeihauptmanns aus seinem Amtsskreis entfernt. Der Bürgermeister hat den Polizeihauptmann auf die Ungeschicklichkeit seines Vorgängers hingewiesen und beim olivenburgischen Staatsministerium telegraphisch Beschwerde erhoben. Der Kreisvorstand der D.N.K. hat in einem an den Reichsinnenminister gerichteten Telegramm um das Einschreiten des Reiches im Interesse des Recht, Ruhe und Ordnung gebeten.